

**AUSFÜHRUNGEN VON PHILIPPE MAYSTADT PRÄSIDENT DER EIB**  
**IN DER JAHRESSITZUNG DES RATES DER GOUVERNEURE**  
**Luxemburg, den 4. Juni 2002**

Ich heiÙe Sie zur Jahressitzung des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank willkommen. Zunächst möchte ich kurz auf die wichtigsten Merkmale der Tätigkeit der EIB im Jahr 2001 eingehen und mich anschließend zwei Kernpunkten des Strategischen Rahmens zuwenden, die dem Vorschlag für eine Kapitalerhöhung zugrunde liegen, nämlich den Prioritäten und den wichtigsten zu beachtenden Grundsätzen.

**I. TÄTIGKEIT DER BANK IM JAHR 2001**

Wie Ihnen letztes Jahr bereits angekündigt wurde, kam es aufgrund der verstärkten Konzentration auf die wichtigsten Kernbereiche unserer Tätigkeit nur zu einem geringen Anstieg der Ausleihungen von 36 Mrd EUR im Jahr 2000 auf 36,8 Mrd EUR im Jahr 2001. Davon betrafen 31,2 Mrd EUR Finanzierungen in der Europäischen Union und 5,6 Mrd EUR Finanzierungen außerhalb der Europäischen Union.

**FINANZIERUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION**

In der Europäischen Union hielt die Bank ein sehr hohes Tätigkeitsvolumen in ihrem Hauptaufgabenbereich, der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Union, aufrecht. 70% der Einzeldarlehen betrafen Projekte in Regionalfördergebieten (gegenüber 73% im Jahr 2000). Dabei war eine starke Ausweitung der Tätigkeit in den Ziel-1-Regionen zu verzeichnen, auf die 56% der Einzeldarlehen entfielen (gegenüber 50% im Jahr 2000).

Bei der Umsetzung der Innovation-2000-Initiative (i2i) haben wir beträchtliche Fortschritte erzielt: Es wurden Darlehen von insgesamt 5 Mrd EUR unterzeichnet, so dass wir uns in einer guten Ausgangslage befinden, um das gesetzte Ziel von 12-15 Mrd EUR bis Ende 2003 zu erreichen. Aus der Tätigkeit im Jahr 2001 sind die Finanzierungen in den Bereichen Forschung und Entwicklung und Humankapital (Gesundheit und Bildung) sowie die ersten Operationen der Bank im Rahmen des Programms „i2i-Audiovisuell“ besonders hervorzuheben.

Die Finanzierungstätigkeit zugunsten von Projekten zur Erhaltung der natürlichen und städtischen Umwelt wurde in einem gleichmäßigen Tempo weitergeführt, wobei 5,9 Mrd EUR oder 29% des Gesamtbetrags auf Einzeldarlehen entfiel (hinzu kommen rund 2 Mrd EUR in Form von Teilfinanzierungen aus Globaldarlehen). Zwar liegt dieser Anteil unter dem vom letzten Jahr, bewegt sich jedoch noch innerhalb unserer Zielgröße von 25%-33% der Einzeldarlehen in der Union.

**FINANZIERUNGEN AUSSERHALB DER EUROPÄISCHEN UNION**

Was die Tätigkeit außerhalb der Europäischen Union betrifft, so kam es 2001 mit Unterzeichnungen im Umfang von 2,7 Mrd EUR zu einem leichten Rückgang bei unseren Finanzierungen in den Beitrittsländern. Diese Verlangsamung lässt sich teilweise durch politische Veränderungen in einigen Ländern, aber auch durch eine Wirtschafts- und Haushaltspolitik erklären, die im Zuge der Beitrittsvorbereitungen auf eine Verringerung der Haushaltsdefizite und in einigen Fällen der Kreditaufnahme im Ausland ausgerichtet ist. Unsere Finanzierungen konzentrierten sich auf Infrastrukturprojekte (Verkehr, Telekommunikation und Umwelt), während gleichzeitig die ersten Darlehen im Gesundheits- und Bildungswesen gewährt wurden.

Im Mittelmeerraum verzeichneten die EIB-Finanzierungen 2001 erneut eine Zunahme. Sie erreichten insgesamt 1,4 Mrd EUR und dienten zu einem großen Teil der Unterstützung von Infrastrukturprojekten, wobei dem Umweltschutz (34% der Finanzierungen) besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Finanzierungstätigkeit in den AKP-Ländern und in Südafrika (670 Mio EUR) sowie in den Balkanländern (319 Mio EUR) verzeichnete ebenfalls einen starken Anstieg, während die Ausleihungen in Asien und in Lateinamerika mit 543 Mio EUR unverändert blieben.

## MITTELBSCHAFFUNG

Die Bank begab im vergangenen Jahr 148 Anleihen in dreizehn Währungen und nahm damit 32,3 Mrd EUR auf (+11% gegenüber dem Jahr 2000). Der Anteil der drei wichtigsten Währungen (EUR, GBP und USD) stieg auf 94% der gesamten Mittelaufnahme. Erwartungsgemäß kam es aufgrund der günstigen Marktbedingungen zu einer deutlichen Zunahme der Emissionen in USD (auf sie entfielen 40% der gesamten Mittelaufnahme vor Swaps). Gleichzeitig wurden mehr Mittel in EUR aufgenommen, so dass der Rückgang bei den Emissionen in GBP ausgeglichen wurde. Bei allen großen Währungen war es unser Ziel, umfangreiche Referenzanleihen mit einem besonderen Augenmerk auf Liquidität und elektronischen Handel zu begeben.

Mit dem Ziel, die Entwicklung der Kapitalmärkte in den Beitrittsländern zu fördern, erhöhte die EIB dort ihre Mittelaufnahme gegenüber dem Jahr 2000 um 50% durch neun Anleihen in tschechischen Kronen, ungarischen Forint und polnischen Zloty.

## BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Bilanzsumme belief sich per Ende 2001 auf 209,4 Mrd EUR und verzeichnete damit gegenüber dem Jahr 2000 eine Zunahme um 9,6%, wobei Währungsswaps nunmehr unter den nicht bilanzwirksamen Posten ausgewiesen werden. Die ausstehenden Darlehen und Garantien beliefen sich bei einer satzungsmäßigen Obergrenze von 250 Mrd EUR auf insgesamt 223,3 Mrd EUR.

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit erreichte 1 456 Mio EUR; dies stellt einen Anstieg um 8,25% gegenüber 2000 dar und entspricht einer Verzinsung der Eigenmittel von 6,25%. Die Zunahme des Ergebnisses ergibt sich aus der Spanne zwischen den Darlehens- und Anleihezinsen, die den größten Beitrag zum Überschuss aus dem Bankgeschäft leistet. Dadurch konnte der Rückgang der Erträge aus Treasury-Operationen, der auf den während des gesamten Jahres zu verzeichnenden Abwärtstrend bei allen großen Währungen zurückzuführen war, aufgefangen werden.

## II. OPERATIVE PRIORITÄTEN

Wie in der letzten Sitzung des Rates der Gouverneure vereinbart, befindet sich auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung ein Vorschlag des Verwaltungsrats bezüglich der Kapitalerhöhung, der außerdem eine Zusammenfassung der im Verwaltungsrat geführten Strategiediskussionen enthält.

Bevor ich mich dem Vorschlag für die Kapitalerhöhung selbst zuwende, möchte ich zunächst die fünf operativen Prioritäten, die im Operativen Gesamtplan für den Zeitraum 2002-2004 enthalten sind, hervorheben.

Erstens bleibt die Regionalentwicklung weiterhin unsere höchste strategische Priorität. Es war bereits früher unser Ziel, mindestens 70% der Einzeldarlehen in Fördergebieten der Europäischen Union zu gewähren. Dieses Jahr haben wir uns als zusätzliches Ziel gesetzt, dass auch 50% der Globaldarlehen auf Fördergebiete entfallen sollen. Bei der Erreichung dieser Ziele spielt die enge Zusammenarbeit mit der Kommission, die der Maximierung der Synergieeffekte von Darlehens- und Haushaltsinstrumenten dient, auch weiterhin eine wichtige Rolle. Letztes Jahr kam dies bei der Kofinanzierung von Vorhaben in italienischen Regionen im Rahmen des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes sowie bei den gemeinsamen Bemühungen zur Ausarbeitung von Ergebnisindikatoren für Projekte zum Ausdruck.

Zweitens muss die Umsetzung der Innovation-2000-Initiative weiter rasch voranschreiten. Unser Ziel ist eine ausgeglichene Entwicklung auf allen Gebieten, wobei wir besonderen Nutzen aus einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Kommission auf dem Gebiet der Forschung und im audiovisuellen Sektor ziehen werden. Wir arbeiten derzeit an einer konstruktiven Vereinbarung mit der Kommission bezüglich der Informations- und Kommunikationstechnologienetze, damit die Bank in diesem Sektor, der gegenwärtig mit Schwierigkeiten konfrontiert ist, den größtmöglichen, mit der Gemeinschaftspolitik in Einklang stehenden Beitrag leisten kann.

Drittens bleiben der Schutz und die Verbesserung der Umwelt weiterhin eine der Prioritäten. Unsere Finanzierungsstrategie in diesem Bereich war Gegenstand einer Überprüfung, die dazu

geführt hat, dass neue Ausführungen über die Aufgaben und Tätigkeit im Umweltbereich sowie Positionspapiere zum Thema Klimawandel und nachhaltige Entwicklung veröffentlicht wurden. Diese Überprüfung ging außerdem mit einer Entscheidung des Direktoriums einher, eine neue Abteilung für Umweltfragen zu schaffen, die insbesondere auf die Stärkung der Umweltaspekte bei der Projektprüfung achten und Daten für künftige Anpassungen der Umweltpolitik der Bank bereitstellen soll.

Viertens widmen wir weiterhin der Vorbereitung der Beitrittsländer auf die EU-Mitgliedschaft unsere volle Aufmerksamkeit. Im Anschluss an eine Überprüfung unserer mittelfristigen Finanzierungsstrategie in diesen Ländern, die dem Verwaltungsrat vorgelegt wurde, wurden im Rahmen der Erörterung des Operativen Gesamtplans die Finanzierungsziele nach oben korrigiert. Diese Maßnahme steht in vollem Einklang mit dem Beschluss, durch die Begrenzung des Wachstums der Tätigkeit in der Europäischen Union einen angemessenen Spielraum für die Finanzierungstätigkeit in den Beitrittsländern zu schaffen. Außerdem bereitet sich die Bank auch hinsichtlich der institutionellen Aspekte derzeit aktiv auf die Erweiterung vor.

Schließlich wird die Bank in den Partnerländern im Rahmen der verschiedenen vom Rat erteilten Finanzierungsmandate die Umsetzung der Entwicklungshilfe- und Kooperationspolitik der Gemeinschaft unterstützen.

Selbstverständlich müssen diese Prioritäten, die unsere satzungsmäßigen Aufgaben und die die EIB betreffenden Beschlüsse des Europäischen Rates widerspiegeln, alle zukünftigen Mandate, die der Europäische Rat der Bank erteilt, berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf drei Punkte lenken, die in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates Barcelona enthalten sind.

Erstens hat der Rat die von der Bank im Anschluss an den Europäischen Rat Gent ergriffenen Maßnahmen begrüßt. Dabei handelt es sich um die Einführung einer Initiative zur beschleunigten Investitionsfinanzierung, die auf eine Beschleunigung der Finanzierung von Investitionen in bestimmten Zielsektoren (Verkehr, Umwelt, Fremdenverkehr sowie die i2i-Bereiche) durch eine zeitlich begrenzte Erhöhung des maximalen Anteils des EIB-Finanzierungsbeitrags von 50% auf 75% der Investitionskosten und eine schnellere Mobilisierung neuer Finanzierungsinstrumente, und zwar insbesondere der Fazilität für strukturierte Finanzierungen und der EIF-Fazilitäten, abzielt.

Zweitens forderte der Rat die Bank, die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, so rasch wie möglich Lösungen zu finden, die die vollständige Umsetzung der Schlussfolgerungen von Göteborg in Bezug auf die Umweltpartnerschaft im Rahmen der Nördlichen Dimension ermöglichen. Vor diesem Hintergrund habe ich den russischen Premierminister getroffen und ich hoffe, dass es möglich sein wird, eine Lösung zu finden, die sowohl für die Russen als auch für die Anteilseigner der Bank annehmbar ist.

Drittens billigte der Rat den Beschluss der Sondersitzung des Rates „Wirtschaft und Finanzen“, innerhalb der EIB eine Investitionsfazilität und -partnerschaft Europa-Mittelmeer einzurichten mit den folgenden Verpflichtungen:

- . Einrichtung eines Aufsichtsorgans für die Fazilität, in dem die Empfängerländer vertreten sind;
- . Einrichtung eines speziellen Investitionsfonds, an den Mitgliedstaaten freiwillige Beiträge leisten könnten;
- . Entwicklung und Ausbau der technischen Unterstützung;
- . Entwicklung der Finanzierungstätigkeit unter besonderer Berücksichtigung des privaten Sektors.

Es handelt sich dabei um ein ehrgeiziges Vorhaben und unser Ziel ist es, dass die Fazilität spätestens bis zum Jahresende einsatzbereit ist. Die Vorbereitungen schreiten gut voran, wie Vizepräsident Francis Mayer dem Wirtschafts- und Finanzausschuss letzte Woche mitteilen konnte. Jedoch möchte ich besonders betonen, dass in diesem Zusammenhang eine enge Zusammenarbeit mit der Kommission, dem ECOFIN-Rat und den Empfängerländern erforderlich ist, um einen schnellen Start dieser Fazilität zu gewährleisten.

### III. ZU BEACHTENDE GRUNDSÄTZE

Nachdem ich unsere operativen Prioritäten näher erörtert habe, möchte ich mich nun den vier wichtigsten Grundsätzen zuwenden, die für unsere Tätigkeit bereits heute maßgebend sind, die jedoch auch in Zukunft ständig weiterentwickelt und verstärkt werden müssen.

Erster Grundsatz: Subsidiarität oder, mit anderen Worten, Erzielung eines maximalen zusätzlichen Nutzens der EIB-Operationen. Dieser Grundsatz ist in dem vom Rat der Gouverneure genehmigten Strategischen Rahmen sowie in den Operativen Gesamtplänen verankert, die vom Verwaltungsrat genehmigt werden. Ich weiß, dass Ihnen dieser Punkt besonders am Herzen liegt, insbesondere was die Vergabe von Darlehen an Unternehmen und von Globaldarlehen betrifft.

Was die Darlehensvergabe an Großunternehmen betrifft, so wurde dieser Tätigkeitsbereich der Bank erst kürzlich vom Verwaltungsrat überprüft, der sich auf folgende Schlussfolgerungen einigte: Er bestätigte noch einmal die Regeln bezüglich des maximalen Anteils an der Außenfinanzierung und beschloss eine zielgerichtetere und selektivere Vorgehensweise durch eine Fokussierung auf Projekte in Fördergebieten und auf Projekte, die sowohl einen strategisch relevanten innovativen Inhalt haben als auch den Prioritäten der EU (insbesondere i2i) entsprechen. Der Verwaltungsrat befürwortete außerdem die Vorlage von Vorschlägen bezüglich der Unternehmen der „zweiten Ebene“ vor Ende des Jahres. Außerdem fasste das Direktorium Ende letzten Jahres Beschlüsse über neue Limits und über die Preisfestsetzungspolitik für Einzelrisiko-Darlehen an Unternehmen. Diese Maßnahmen würden zu einem Rückgang der an große Unternehmen vergebenen Darlehen führen, die im Jahr 2001 einen Gesamtbetrag von 8,1 Mrd EUR erreichten. Ich halte es für möglich, dass wir uns zu einer derartigen Reduzierung verpflichten, wobei Vorhaben in Fördergebieten davon selbstverständlich nicht betroffen sein sollten, da der Verwaltungsrat bereits beschlossen hat, dass diesen weiterhin Priorität einzuräumen ist.

Im Hinblick auf die Erweiterung der EU sollten die Gouverneure die Lage unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der neuen Mitgliedsländer erneut überprüfen, wobei jegliche Auswirkung auf die relative Position der „alten“ Fördergebiete vermieden werden sollte.

Im Hinblick auf Globaldarlehen möchte ich Sie daran erinnern, dass es sich dabei um die einzige praktikable Möglichkeit handelt, in enger Zusammenarbeit mit dem Bankensektor KMU und kleine Infrastrukturprojekte zu unterstützen. Dieser Tätigkeitsbereich wird regelmäßig vom Verwaltungsrat überprüft und unsere Bemühungen, die Zahl der zwischengeschalteten Institute zu erhöhen, zweckgerichteter Globaldarlehen zu entwickeln und die Transparenz zu verbessern, um so die Vorteile für die Endbegünstigten zu maximieren, zeigen erste konkrete Ergebnisse. Der Verwaltungsrat einigte sich darauf, dass wir unsere Bemühungen in derselben Richtung fortsetzen sollten.

Zweiter Grundsatz: gute und effiziente Steuerung und Überwachung der Kreditrisiken. In diesem Bereich ist Selbstzufriedenheit fehl am Platz und eine ständige Weiterentwicklung in Einklang mit den allgemein anerkannten Bankenpraktiken und den gesetzlichen Anforderungen unerlässlich.

Wie letztes Jahr zugesagt, haben wir Ihnen zwei Berichte übermittelt. Der erste betrifft das Risikomanagement der Bank und der zweite die Entwicklung der Engagements mit Einzelrisiko gegenüber Banken und Unternehmen. Ich kann Ihnen versichern, dass das Direktorium, der Verwaltungsrat und der Prüfungsausschuss das Risikomanagement entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeit streng überwachen. Ein weiterer Bericht über das Risikomanagement wird Ihnen vor der nächsten Sitzung des Rates der Gouverneure im Juni 2003 vorgelegt werden.

Das Direktorium hat die Absicht, die vorsichtige Risikopolitik der Bank weiterzuführen. Das bedeutet nicht, dass die Bank keine Risiken eingehen sollte, denn dies würde den Wünschen, die Sie in der Vergangenheit geäußert haben, sowie dem Grundsatz der Erzielung eines maximalen zusätzlichen Nutzens entgegenstehen. Es bedeutet jedoch, dass die von der Bank eingegangenen Risiken korrekt beurteilt werden sollten, und zwar anhand von Risikomanagementsystemen, die geeignete Berichtsverfahren vorsehen und es im Falle von Problemen ermöglichen, angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Ein Bestandteil dieser Politik ist unsere Preisfestsetzungspolitik, die ebenfalls regelmäßig aktualisiert wird, um zu gewährleisten, dass ein adäquater Beitrag zur Bildung von Rücklagen geleistet wird, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aus unserer Darlehensvergabe und unseren Finanzaktivitäten resultierenden Risiken stehen.

Ganz offensichtlich hat diese Politik der Bank gute Dienste geleistet. Die bisherige Erfahrung und die Tatsache, dass im Rahmen der Überprüfung durch den Verwaltungsrat bestätigt wurde, dass die Kapitaladäquanz-Kennzahl - würde sie auf die Bank angewendet - weit über der der am besten eingestufteten Finanzinstitute des privaten Sektors liegen würde, haben dies gezeigt. Jedoch muss ich noch einmal wiederholen, dass wir uns keine Selbstzufriedenheit erlauben können, und dass wir unsere Risikomanagementsysteme, Kontrollen und Verfahren auch in Zukunft weiter verbessern müssen.

Dritter Grundsatz: Transparenz. Ich hatte bereits die Gelegenheit, bei früheren Sitzungen über unsere Maßnahmen auf dem Gebiet der Transparenz zu berichten.

Wir sind auch weiterhin in erster Linie Ihnen, als den Vertretern unserer Anteilseigner, gegenüber verantwortlich und ich glaube, dass die regelmäßige Teilnahme des Präsidenten der EIB an den Sitzungen des ECOFIN-Rates zu einer Verbesserung des Austauschs und der Information über die Tätigkeit der Bank beiträgt und wir damit den Wünschen entsprechen, die von unseren Anteilseignern auf höchster Ebene geäußert wurden.

Wir haben ebenfalls den Dialog mit dem Europäischen Parlament intensiviert, und zwar nicht nur durch die Teilnahme an Sitzungen einzelner Parlamentsausschüsse sondern auch durch die Teilnahme an der Plenarsitzung, in der der Bericht über die Tätigkeit der Bank diskutiert wird. Die Bank hat so die Möglichkeit, das Europäische Parlament weitergehend über ihre Aktivitäten zu unterrichten und zu einem besseren Verständnis der Prioritäten zu gelangen, die das Parlament im Hinblick auf die EU-Politiken setzt.

Die Transparenz gegenüber der Zivilgesellschaft wurde insbesondere durch engere Kontakte zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss verbessert, dessen besondere Rolle als vermittelnde Stelle zwischen den EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft verstärkt wurde. Wie im letzten Jahr angekündigt, haben wir unseren Dialog mit den NGO fortgesetzt und an Veranstaltungen teilgenommen oder auch Diskussionsrunden organisiert, zu denen Mitglieder des Verwaltungsrats eingeladen wurden. Dies hat sich als eine wertvolle Erfahrung erwiesen, insofern als Fragen beantwortet, auf Kritik eingegangen sowie interessante und in manchen Fällen konstruktive Rückmeldungen entgegengenommen werden konnten. Außerdem veröffentlicht die Bank nun auf ihrer Website ihre operativen Strategien (Operativer Gesamtplan) sowie Ausführungen zur Politik in bestimmten Sektoren (insbesondere zum Umweltschutz, zur nachhaltigen Entwicklung und zum Klimaschutz). Die ebenfalls auf der Website veröffentlichte Liste der Vorhaben, deren Finanzierung die Bank erwägt, umfasste im ersten Jahr 253 Projekte.

Diese „externe“ Transparenz muss durch eine „interne“ Transparenz ergänzt werden. Wie Ihnen bereits erläutert wurde, wurde in diesem Zusammenhang vor allem das Instrument der Balanced Scorecard entwickelt, das noch in diesem Jahr eingeführt werden soll, um die Umsetzung der Politik und die Kommunikation innerhalb der Bank zu verbessern.

Vierter Grundsatz: Finanzielle Autonomie. Die Bank muss in der Lage sein, einen ausreichenden Überschuss zum Aufbau von Rücklagen (zur Finanzierung künftiger Kapitalerhöhungen oder zur Unterstützung neuer, von ihren Anteilseignern beschlossener Initiativen) und von Rückstellungen (zur angemessenen Deckung der mit ihrer Tätigkeit verbundenen Risiken) zu erwirtschaften. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Anteilseigner künftig nicht aufgefordert werden müssen, zusätzliches Kapital zuzuführen.

Um sicherzustellen, dass die Bank in der Lage ist, neue Initiativen zu unterstützen, hat der Verwaltungsrat vorgeschlagen, 750 Mio EUR aus dem Überschuss des Jahres 2001 einer neuen Rücklage zuzuweisen, die auf künftigen Beschluss des Rates der Gouverneure für Risikokapitalfinanzierungen, Operationen im Rahmen der Fazilität für Strukturierte Finanzierungen oder jeden anderen angemessenen Zweck (einschließlich der Zuweisung zur Zusätzlichen Rücklage) verwendet werden kann. Bezüglich der Verwendung dieser Rücklage bitten wir Sie heute nicht um einen Beschluss.

#### **IV. VORSCHLAG FÜR EINE ERHÖHUNG DES KAPITALS**

Unter Berücksichtigung der einzuhaltenden Grundsätze und der wichtigsten Prioritäten für die Zukunft hat der Verwaltungsrat eine Reihe von Referenzszenarios für die Darlehensvergabe erwogen. Diese Szenarios dürfen nicht als Finanzierungsziele verstanden werden, sondern müs-

sen als ein Beispiel für eine mögliche Entwicklung der Darlehensvergabe auf der Grundlage der neuesten Zahlen des Operativen Gesamtplans gesehen werden. Eine geringe Zunahme unserer Finanzierungstätigkeit in der EU schafft so zum Beispiel zusätzlichen Spielraum für einen Anstieg der Finanzierungen außerhalb der Union, insbesondere in den Beitrittsländern, aber auch im Mittelmeerraum, so dass die Schlussfolgerungen des Rates von Barcelona umgesetzt werden können.

Da die satzungsmäßige Obergrenze für die ausstehenden Darlehen 2003 erreicht werden wird, hat der Verwaltungsrat Ihnen einen Vorschlag für eine Kapitalerhöhung unterbreitet, der die folgenden Elemente beinhaltet:

- . Die Kapitalerhöhung würde am 1. Januar 2003 in Kraft treten.
- . Das gezeichnete Kapital würde um 50% auf 150 Mrd EUR erhöht werden.
- . Die Gesamteinzahlungsquote würde von 6% auf 5% herabgesetzt werden.
- . Die Kapitalerhöhung würde durch die Umwandlung der Zusätzlichen Rücklagen finanziert werden.
- . Die Kapitalerhöhung sollte die Fortsetzung der Darlehensvergabe der Bank für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ermöglichen. Dies wird überprüft werden, falls Sie beschließen, der Bank neue Aufgaben zu übertragen.

Drei wichtige Gesichtspunkte wurden im Detail vom Verwaltungsrat erörtert.

Erstens die Notwendigkeit, es sicherzustellen, dass die Kapitalerhöhung für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ausreicht. Zusätzlich zur jährlichen Diskussion und Genehmigung des Operativen Gesamtplans ist es Bestandteil des Vorschlags für eine Erhöhung des Kapitals, dass dem Rat der Gouverneure in seiner Sitzung im Jahr 2005 ein formaler Halbzeitüberblick über die Umsetzung der Strategie vorgelegt wird.

Zweitens die Tatsache, dass der satzungsmäßige Reservefonds von 10% des gezeichneten Kapitals am Tag des Inkrafttretens der Kapitalerhöhung nicht vollständig aufgefüllt sein wird. Von der Direktion für Rechtsfragen der Bank wurde die Bestätigung eingeholt, dass es diesbezüglich keine satzungsmäßige Verpflichtung gibt. Außerdem ist dieser Fall in der Vergangenheit bereits eingetreten. Er dürfte auch keine Auswirkungen auf das Rating der Bank haben. Dennoch wird in dem Vorschlag betont, dass der Wiederauffüllung des Reservefonds nach der Erhöhung des Kapitals absoluter Vorrang eingeräumt werden sollte.

Ein weiterer Punkt schließlich, der seit der letzten Sitzung des Verwaltungsrats Gegenstand zusätzlicher Erörterungen war, betrifft die Ausleihungen an große Unternehmen, die problemlos Zugang zu Kapitalmärkten haben.

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Verwaltungsrat in seinem Bericht über die Kapitalerhöhung an den Rat der Gouverneure bereits eindeutig die Ansicht befürwortet hat, dass die Regionalentwicklung das vorrangige Ziel für die Finanzierungstätigkeit der Bank ist und bleiben wird und zur Verringerung der Darlehensvergabe der Bank an große Unternehmen in der EU ein zielgerichteter und selektiverer Ansatz entwickelt wird.

Die Klarstellungen in den beiden Schreiben, die ich letzte Woche an Sie gerichtet habe, unterstreichen diese Punkte. In meinem Schreiben vom 31. Mai habe ich ferner darauf hingewiesen, dass eine Überprüfung des Beschlusses der Gouverneure im Hinblick auf die Erweiterung erforderlich sein wird. Durch diese Überprüfung – und diesen Punkt möchte ich festgehalten wissen – soll sichergestellt werden, dass die derzeitigen Fördergebiete der EU gegenüber den neuen Mitgliedstaaten gleich behandelt werden.

Ich kann Ihnen daher versichern, dass die zielgerichtete Darlehensvergabe die Bank in die Lage versetzen wird, Ihren Bedenken Rechnung zu tragen. Ich bitte Sie daher, den Vorschlag für eine Kapitalerhöhung zu genehmigen, der meinen am 31. Mai 2002 an Sie übermittelten Text enthält.